

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 50. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 30. Januar 1909.

Die deutsche Frau in Südwestafrika.

Präsidentin Marie Karow hat in diesen Tagen in einer Versammlung der Berliner Gruppe des Frauenbundes einen Vortrag über „Südwestafrika und die deutsche Frau“ gehalten. Die Vortragende, die vier Jahre auf der Farm ihres Schwagers in jenem Schutzbiet gelebt hat, schilderte eingehend die dortigen Verhältnisse, insbesondere die Stellung der Frau in Betracht kommen. Sie schloß mit folgenden höchstwertigen Worten: „Der Farmer verlangt dort drüben notwendig eine Frau; er gerät sonst in die Gefahr, zu verkommen. Tausende bringen sich zur Kolonisationsarbeit nach Südwestafrika. Die meisten gehen sich keine Rechenschaft darüber, ob sie die Auswanderer besten eint in jeder Beziehung fremdartigen Leben zu beginnen. Das Leben in Südwestafrika, wenn man nicht erlirbt, seinen Mann zu wählen. Der wunde Punkt bei der Arbeit des Farmers ist doch er auf die Arbeit der farbigen angewiesen ist. Ein hartes Arbeitsverhältnis der Weissen ist unbedingt erforderlich. Mit Zug und Redt sind Seiraten zwischen Weissen und Schwarzer verboten, denn nur die Keinerhaltung der Rasse leistet Gewähr, daß die Kolonien deutsch bleiben. Die Grundlagen des Lebens in den Kolonien bildet die deutsche Familie. Nirgends spielt die Hausfrau eine solche Rolle wie im Siedlungsland. Tausende von jungen Weibern brauchen tüchtige Hausfrauen. In den verschiedensten Fällen sind unsere deutschen Mädchen für die Tätigkeit in Afrika vorgeliebt. Am besten eignen sich die deutschen Mädchen, die in ländlichen Verhältnissen notirlich gewachsen sind; denn eine Farmerfrau muß alles kennen, sie muß neben ihrer häuslichen Arbeit Krankenpflege verrichten und Kinder unterrichten können. Empfindenswerter ist die Gründung von Mädchenheimen, aus denen die Arbeiter sich Schickten und Hausfrauen finden können. Möge recht viele von den anwesenden Frauen des Frauenbundes Frauenvereine und Frauenvereine in den Kolonien für Interesse verwenden, möge vor allem aber auch die Förderung dieser Bestrebungen aufs wärmste unterstützen.“

Die Lage auf dem Balkan.

Die Witterung, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Sofia, Graf Thurn, dem bulgarischen Minister des Auswärtigen, Barlow, einen Kollektivbericht über Österreich-Ungarn, Deutschland und Italien betreffend eine Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien angekündigt habe, wird von türkischer Seite als unrichtig bezeichnet. Zuvor meldet ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“: Gleichzeitig mit der bereits gemeldeten russischen Note ist Donnerstagabend den Mächten eine türkische Note überreicht worden, worin die Worte in entscheidender Weise jede Angriffsabsicht gegen Bulgarien in Abrede stellt und erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die Finanzlage Bulgariens ihre Forderung von 150 Millionen auf 100 Millionen herabzusetzen erwäge. Es besteht nunmehr nur noch ein Unterschied von 15 Millionen zwischen der Forderung und dem, was die Bulgaren angeboten Summe. Man darf wohl zurechtfinden hoffen, daß dieser geringe Abstand zwischen Forderung und Angebot eine friedliche Verständigung nicht verhindern wird, und das umso mehr, als die Türkei den Wunsch auf eine Grenzregulierung offenbar lassen gelassen hat; wenigstens erwähnt die türkische Note diese Forderung mit keinem Worte, und man wird annehmen können, daß die Türkei selbst zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß diese äußerst unbequeme Frage vom Programm der Verhandlungen entfernt werden kann. Somit hat sich die Lage im Laufe der letzten 24 Stunden ganz wesentlich gebessert, und es genügt dem Anschein, als ob jetzt bereits dasjenige erreicht sei, was von der russischen Note angelehrt wird, die unter diesen Umständen ein Zusammentritt der Mächte, die die türkische Note vorbricht, überhaupt noch nötig ist, kaum zweifelhaft. Das ändert aber nichts daran, daß die russische Forderung der russischen Regierung wohl Anerkennung verdient.

Die Rentner-Weidenfrage.

Am Freitag ist eine von dem norwegischen Minister des Auswärtigen an den schwedischen Gesandten in Christiania gerichtete Mitteilung betreffend den Abbruch der Unterhandlungen in der Rentner-Weidenfrage veröffentlicht worden. Der Minister führt darin wörtlich eine Erklärung des norwegischen Präsidenten der Kommission an, in der die in dem schwedischen Protokoll gegen die norwegischen Kommissionsmitglieder erhobenen Vorwürfe eingehend besprochen werden, die dem Minister, daß auch er die Vorwürfe für unbearbeitet hält. Schließlich lenkt der Minister die Aufmerksamkeit auf die große Bedeutung hin, die die Rentnerweiden-Unterhandlungen in den Worten: „Da für die bevorstehende Schiedsgerichtsverhandlung hätten, und erklärt sich bereit, jederzeit an Verhandlungen teilzunehmen, um die Fortsetzung der Unterhandlung“

son für den Sommer dieses Jahres zu sichern. — Später wird uns noch aus Stockholm gemeldet: In der norwegischen Antwort auf die Mitteilung, daß Schweden die Verhandlungen in der Rentner-Weidenfrage abgebrochen hat, wird die Erklärung eines norwegischen Mitgliedes der Kommission angeführt, daß der von Schweden für den Abbruch der Verhandlungen angeführte Grund, nämlich die Weigerung der Norweger, die Ergebnisse der Untersuchungen täglich zu vergleichen, ungerechtfertigt sei. Die Norweger geben zu, daß eine Vergleichung der Ergebnisse nicht statthaft sei und daß die Ergebnisse sich widersprechen, sie bestreiten aber, es abzulehnen zu haben, die Ergebnisse zu vergleichen. Dieses Zugeständnis ist tatsächlich genügend, um das erfolglose weitere Verhandlungen darzutun. Im Interesse der Wahrheit wird aber betont werden, daß nach dem amtlichen schwedischen Bericht wiederholt Vorstellungen dagegen gemacht worden sind, daß die Ergebnisse der Untersuchungen nicht verglichen wurden und daß die Norweger stets antworteten, ihre Versäufnisse über die Ergebnisse der Untersuchungen seien noch nicht fertig gestellt. Selbst von norwegischer Seite wird zugegeben, daß die verbotenen norwegischen Zappen sich nicht mit der Spaltung von Rentnieren beschäftigen haben.

Deutsches Reich.

Die Bewegung zugunsten eines Bismarck-Nationaldenkmals, das aus Anlaß der 100jährigen Geburtsstagsfeier dem kaiserlichen Kaiser auf der Gedenkfeier der Bismarck-Gedenkfeier werden soll, nimmt immer größeren Umfang an. Um die Einheitsfeier der Sammlungen zu fördern, ist es nötig, in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen, Landesausstellungen und in den Städten Ortsausstellungen zu erteilen, denen Vertreter der Bevölkerung teilnehmen können. Wie die Zentral-Gesellschaft in Köln mitteilt, sind in den letzten Wochen über 50 große Städtevereinigungen dem großen Ausschuss beigetreten. Da neuerdings Gerüchte auftauchen, die Verzerrung über die Platzfrage zu verbreiten geeignet sind, kann bestimmt mitgeteilt werden, daß dieser Punkt endgültig erledigt ist. Die Kommissionsarbeit, der eine Reihe der angelegentlichsten Künstler angehört, hat sich seinerzeit nach eingetragener Platzbestimmung einstimmig für die Gedenkfeier ausgesprochen.

Kaiser und Papst. Der römische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Papst an den deutschen Kaiser zu dessen 60. Geburtstag ein Handschreiben geschickt habe, in welchem dem Wunsch des Kaisers Ausdruck gegeben wird, immer die besten Beziehungen zu der kaiserlichen Regierung zu unterhalten.

Aus dem diplomatischen Dienst. Der „Kantischer Zeitung“ zufolge ernannte der Großherzog von Baden den am preussischen Hofe beglaubigten Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen v. Berchthold zugleich zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich sächsischen Hofe.

Wahl zum Herrenhaus. Wie das „Vorder Tagblatt“ meldet, wurde bei der gestrigen Wahl zum Herrenhaus auf Präsentation des Verbandes des alten beständigen Grundbesitzes im Landeshauptstadtbezirk Wahren der Rittergutsbesitzer v. Wierstein-Rohoggen an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers Stulas-Wildt gewählt.

Die Steuerkommission des Reichstages beriet am Freitag über ein Gesetz betreffend das Erbrecht des Staats. § 9, der von der Regierung vorgeschlagene mildere Sonderbestimmungen enthält, wurde mit allen dazu gestellten Anträgen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wurde unverändert angenommen.

Die verstarbte Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages fehte am Freitag die Erörterung über die Art der eventuell zulässigen Anträge bei Interpellationen fort. Es wird einstimmig beschlossen: Bei Wiederholung von Interpellationen dürfen nur Anträge eingebracht werden, die sich auf den Gegenstand der Interpellation beschränken und keine Gesetzentwürfe enthalten. Solche Anträge müssen von 30 Mitgliedern unterstützt sein. Ihre Zulassung wird von einem einfachen Mehrheitsbeschluss abhängig gemacht. Ein Antrag, wonach stets eine Beschlusfassung über die Zulassung von Anträgen erfolgen soll, wird abgelehnt. Erst bei Wiederholung von 30 Mitgliedern soll Beschlus gefaßt werden. Falls die von Schluß der Diskussion ein Antrag auf Vertagung der Abstimmung eingeht, soll auf Unterbrechung von mindestens 30 Mitgliedern die Vertagung erfolgen. Die nächste Abstimmung wird dann in einer der nächsten drei Sitzungen ohne weitere Diskussion vorgenommen. Interpellationen sollen an den Bundesrat oder an den Reichstanzler gerichtet werden dürfen.

Zum Schutze gegen Indispositionen bei Kommissionsberatungen soll im Reichstage zukünftig bei vertraulichen Verhandlungen an der Eingangstür zum Beratungszimmer ein Plakat angebracht werden, das die Abgeordneten, die während der Sitzung den Saal betreten, aufmerksam macht auf den vertraulichen Charakter der Verhandlungen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahlen der Abgeordneten (nl. Bismarck-Erbhof und Legation, (Soz. Reichsbund) für gültig. Die Wahl des Abgeordneten (wirtsch. Agg. Braunschweig) wurde beantragt und Beweisergebnisse beschlossen. Die Prüfung der Wahl des Abgeordneten (nl. Wolfenbüttel-Gemeinde) wurde noch nicht zu Ende geführt.

Die Subjektionskommission des Abgeordnetenhauses hat im Einverständnis mit dem Finanzminister beschlossen, die Regelung

des Wohnungsbeschaffungsdienstes vorzunehmen, ohne die Entscheidung im Reich abzuwarten.

Aus den Reichsanalen. Nach einer Meldung aus Straßburg ist die 38. Tagung des Bundesauschusses am Freitag durch den kaiserlichen Statthalter mit einer Ansprache eröffnet worden. In dieser bezieht es sich auf die finanzielle Lage des Landes noch immer unter dem Einfluß des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges liegt. Der Statthalter für das laufende Rechnungsjahr werde daher voraussichtlich noch erheblich ungünstiger ausfallen. Da außerdem die Reichsfinanzreform die ertragreichen Einnahmeposten des Landes erheblich in Mitleidenhaft ziehen würde, wäre es erforderlich, neue regelmäßige Einnahmeposten für das Land zu erzielen. Ihre Gewinnung würde in erster Linie von dem Abschluß der Reichsfinanzreform abhängig sein. Die Ansprache handelte eine Reihe von Gesetzentwürfen, u. a. betreffend Gemeindebesteuerung und Erhöhung der Lehrer-, Pfarr-, und Pfarzergelder an und teilte mit, daß die Heinerregulierung, soweit sie fertig für die Schifffahrt die erwarteten günstigen Ergebnisse gehabt habe. In der Hoffnung auf den Kaiser stimmte das Haus begeistert ein.

Zur Krönungsfeier der Polen. Wie sich die Polen am Kaisergeburtstag zu verhalten haben verrät mit der folgenden Deutlichkeit der „Ziemni Hydrogost“, indem er schreibt:

Die Sanktionen, die uns Polen mit dem auch ihre gegenseitigen Drücke am liebsten begreifen möchten, fordern von dem polnischen Volke, daß es gleichzeitig mit ihnen stehen müsse und sich gegen die „Wunderbare Forderung“ stellen kann. Die Krönungsfeier, die entweder der Reichstag beauftragt gegangen, oder an Galtigkeit, Heuchelei gerichtet ist. — Wenn unter den heutigen Verhältnissen ein Pole illuminiert oder an Jubelfest teilnimmt, dann ist er entweder ein Heuchler, Pfaffen, oder er entzieht der Jugendzeit auf polnischen Nation. Wie geben dem Kaiser, was der Kaiser will, und geben ihm alle wogebende Hölle mit Stein. Die Beamten machen von den Waffen Gebrauch. Erst nach langer Zeit wurde die Ruhe wieder hergestellt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Man sieht, die polnische Presse macht aus ihrem Herzen keine Würdegrube.

Sozialdemokratische Wahlrechtstagsung. Sozialdemokraten verurteilen am Donnerstag in Remscheid, durch einen Massenungewalt eine Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht zu veranstalten. Eine tausendköpfige Menge tratete nach dem Rathaus zu gelangen, wurde aber von der Polizei zurückgedrängt. Später sammelte sich die Menge auf dem Markt und leitete die wogebende Hölle mit Stein. Die Beamten machten von den Waffen Gebrauch. Erst nach langer Zeit wurde die Ruhe wieder hergestellt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

20. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerpräsidenten: Freiherr v. Meinhoben, v. Breitenbach.

Die zweite Lesung der

Rechtsverordnungsordnung

wird fortgesetzt bei Gruppe II. Diese umfaßt mit der Verordnungsgebung 12 bis 22 einen erheblichen Teil der mittleren Beamten.

Steuern liegt vor eine Resolution der Kommission, in der die baldige Einbringung einer Vorlage zur Regelung des Mittelstandes gefordert wird.

Abg. Schmieding (Ztr.): Es handelt sich hier um eine besonders umfangreiche Beamtengruppe. Die Gehaltsverordnungen sind nicht weniger als 60 Millionen angebaut sind. Die hier in Betracht kommenden Lehrer mögen nicht geringen, das ist besser gefaßt sind als viele im Privatstand tätigen geistigen Arbeiter. Leider sind die Gehaltsverordnungen im Gehalt schlechter gestellt als die Beamtungsverordnungen. Auch aus anderen Gründen ist die Zustimmung zum Kompromiß schwer geworden.

Abg. Freiherr v. Meinhoben (kon.): Auch wir haben unsere Wünsche zurückstellen müssen. Der Regierung gebührt die Anerkennung, daß sie ein weitreichendes Wohlwollen für die Beamten in der Kommission bezeugt hat. Bei dieser Gruppe handelt es sich um 50 000 Beamte. Es ist ein Unheiß, zu behaupten das Kompromiß sei auf Kosten der Unterbeamten abgeschlossen. Eher könnte man dies von einzelnen mittleren Beamten sagen. Wir gingen in den Gehaltsfragen nicht weiter mit Rücksicht auf die Steuerabgabe und wegen der Wirkung auf Kommunalbeamte und Privatangehörige. Eine Differenzierung zwischen Reichs- und Staatsbeamten darf nicht eintreten. Wir hoffen, nunmehr wird Ruhe in die Beamtentfrage eintreten. (Beifall.) Rehrer empfiehlt weiter eine Petition der Postkommandanten und Inspektoren sowie die Entschädigung des Ausfühlers.

Abg. Schröder-Kassel (nl.) äußert sich im Sinne der Beordneten.

Abg. Neuwirth (freison.): Wandler von uns hat die Wünsche zurückstellen müssen. Wenn die den Gehaltsverordnungen sowohl das Anfangsgehalt vertieft als auch die Aufwärtsentwicklung verlängert ist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß jetzt die Gehaltsverordnungen der Jahre früher zur Stellung kommen als die Sekretäre der allgemeinen Verwaltung.

Abg. Wüstemann (fr. Rp.): Nachdem der Finanzminister sich so energig gegen weitere Erhöhungen erklärt hat, ist es verbietet die Beibehaltung, noch Anträge zu stellen und lange Reden zu halten.

Abg. Pfeilschön (fr. Rp.): Auch wir stimmen der Gruppe II zu.

Abg. Stroebel (Soz.): Die in Betracht kommenden Gehaltsverordnungen zeigen eine auffällige Erhöhung. Es handelt sich freilich um

Vertical text on the left margin, likely a page number or reference.

Gericht und der Provinz Sachsen und den angrenzenden Staaten.
Wesenscollantant A. D. von Strang in Bad Soden
erhält ein Geschick als Leiter eines Bäckereis-Erbes...

gekauften 160 000 Mk. und am 2. Januar 1909 abgehoben.
Der Kreditrat in Gesamtstärke von 381 200,90 Mk.
auf dem 17. 7. 08 200 Mk. Anstellungen auf besetzte...

Diegenkweise Mai — Neuzeit mied Mai 111,75.
Nies Durchf. - Einheitsk. hochst. 90,80.
Nürnberg, 28. Jan. (Hofenbericht) Bei schwacher...

Landwirtschaftliches.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer.
Anforderung zur Beteiligung an Remanenz-
Reparaturarbeiten. Die Versuchstation für...

W. Der Aufsichtsrat der sächsischen Bodenreformanstalt zu Dresden
besteht in seiner Sitzung am 28. d. r. am 27. Februar...

W. Hamburg, 29. Januar. (Originalnotiz von C. u. n. e. i. l. l.
C. u. n. e. i. l. l. B. o. k. u. e. r. Der Wechselkurs des hiesigen...

Letzte Telegramme.

Deutsche Militärbalkons!
Wien, 30. Januar. Die jungtürkische Antropener
'Metropole' berichtet, daß am Sonntag und Dienstag...

W. Hamburg, 29. Januar. (Originalnotiz von C. u. n. e. i. l. l.
C. u. n. e. i. l. l. B. o. k. u. e. r. Der Wechselkurs des hiesigen...

W. Hamburg, 29. Januar. (Originalnotiz von C. u. n. e. i. l. l.
C. u. n. e. i. l. l. B. o. k. u. e. r. Der Wechselkurs des hiesigen...

Wien, 30. Januar. Die philosophische Fakultät der
deutschen Universität fand eine Protestkundgebung...

Börse- und Handelsteil.

Wien, 30. Januar. Die philosophische Fakultät der
deutschen Universität fand eine Protestkundgebung...

W. Hamburg, 29. Januar. (Originalnotiz von C. u. n. e. i. l. l.
C. u. n. e. i. l. l. B. o. k. u. e. r. Der Wechselkurs des hiesigen...

W. Hamburg, 29. Januar. (Originalnotiz von C. u. n. e. i. l. l.
C. u. n. e. i. l. l. B. o. k. u. e. r. Der Wechselkurs des hiesigen...

